



Herausgeber: DPoIG-Landesleitung

Otto-Hesse-Straße 19 / T3

64293 Darmstadt

Telefon (06151) 27 94 500

Telefax (06151) 27 94 502

kontakt@dpolg-hessen.de

www.dpolg-hessen.de

V.i.S.d.P.: Heini Schmitt

Gesetzentwurf von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Anpassung der Besoldung völlig unzureichend; Weg für die Klage ist frei!

„Jetzt ist also endgültig die Katze aus dem Sack!“, so der Landesvorsitzende der DPoIG Hessen, Heini Schmitt, als Reaktion auf den heute eingebrachten Gesetzentwurf von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Anpassung der Beamtenbesoldung im laufenden Jahr!

„Die Koalition arbeitet die Inhalte des Koalitionsvertrages unbeirrt so ab, als würde die Welt um sie herum stehen bleiben“, so Schmitt weiter.

„Wir sind zwar weiter empört, aber nicht mehr sonderlich überrascht!“

Das nach der Veröffentlichung des ersten Gutachtens von Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis am 14. März vom dbb Hessen an die Landesregierung unterbreitete Angebot, sich mit dem Gutachten auseinander zu setzen und bei der Beamtenbesoldung erheblich nachzubessern, wurde nicht genutzt.

Zum 1. Juli soll es nach dem Willen der Koalition exakt die Ein-Prozent-Erhöhung geben, die schon zu Beginn der Legislaturperiode festgeschrieben worden war und die verfassungswidrig ist.

Damit sind die Instrumentarien „Gespräche“ und „Protestaktionen“ abschließend abgearbeitet und es folgt logisch und schlüssig die Klage des dbb Hessen auf Basis des vorliegenden Gesetzentwurfs.

Wir gehen den von uns gemeinsam mit dem dbb Hessen seit Monaten beschrittenen Weg konsequent weiter. Mit dem heutigen Tag ist die letzte Möglichkeit zur Abwendung der Klage vertan worden.

Welchen Stellenwert das von der DGB-Gewerkschaft „GdP“ für den 13. Mai vollmundig angekündigte „Spitzengespräch“ mit Innenminister Beuth zum Thema Beamtenbesoldung haben soll, erschließt sich uns allerdings nicht. Denn das, was als Gesetzentwurf heute bereits in Papier gegossen in das Parlament eingebracht wurde, kann am 13. Mai im Gespräch nicht mehr verändert werden.

Die Landesleitung

Darmstadt, 10. Mai 2016

Für Rückfragen wählen Sie bitte 0172-7744300.